Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1
Landtag, 6. Wahlperiode: 1963-67

17.11.1964 - Nr. 39 Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

6. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I — Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 39

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 17. November 1964

Aktion gegen den Unfall

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. in Bonn beabsichtigt, ähnlich der 1962 im Lande Baden-Württemberg veranstalteten Aktion gegen den Unfall nunmehr auch in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen eine gleiche Aktion im ersten Halbjahr 1965 durchzuführen, die eine umfassende Aufklärung aller Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung über die Unfallgefahren in den Betrieben, im Verkehr und im Haushalt, die sich aus der fortschreitenden Technisierung unseres Lebens ergeben, zum Ziele hat.

Die Schirmherrschaft über diese Aktion haben wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung in den vier Ländern die Regierungschefs, in Bremen der Präsident des Senats, Bürgermeister Kaisen, übernommen. Die Aktion beginnt in allen Ländern gleichzeitig mit einer Eröffnungsfeier am 8. Januar 1965, die in Bremen im Festsaal des neuen Rathauses stattfindet und in der Bürgermeister Kaisen, der Senator für Arbeit, Weßling, und der Landesbeauftragte für die Aktion, Baurat Dipl.-Ing. Stahlknecht, sprechen werden.

Die Aktion gegen den Unfall soll durch Aufrufe, öffentliche Veranstaltungen, Vorträge, Plakate, Plaketten, Broschüren und Unterrichtsmaterial, Ausstellungen, Preisausschreiben, Filmvorführungen usw. unterstützt werden. Dabei ist auch an besondere Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden sowie Fach- und Berufsschulen gedacht, in denen die Unfallprobleme behandelt werden. Außerdem sollen die Presse, der Rundfunk und das Fernsehen zur Aufklärung der Bevölkerung über Sinn und Zweck der Aktion weitestgehend eingeschaltet werden.

Die Aktion beginnt im Januar 1965 mit dem Thema der Arbeitssicherheit, dem sich im Februar das Thema Verkehrssicherheit anschließt. Beide Themen werden bis zur Jahresmitte behandelt. Im März wird die Sicherheit in Haus und Heim in den Vordergrund gestellt, während im April die Unfallgefahren für alte und junge Menschen und für ausländische Arbeitskräfte im Mittelpunkt der Aktion stehen. Im Mai sollen Verkehrssicherheitstage abgehalten und die Gefahren einer falschen Nutzung der Freizeit der Bevölkerung nahegebracht werden. Im Abschlußmonat Juni soll dann die Aktion in einem eindringlichen Appell, den Kampf gegen den Unfall auch nach Beendigung der Aktion fortzuführen, ausklingen.

Den Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden obliegt die besondere Aufgabe, die Durchführung der Aktion mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern. Dementsprechend sind durch den Senator für Arbeit alle senatorischen Dienststellen und der Magistrat der Stadt Bremerhaven zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen worden. Ferner sind durch den Landesbeauftragten ein Landesausschuß unter Einbeziehung der Vertreter aller an der Aktion interessierten Organisationen und Verbände, insbesondere der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und ein Ortsausschuß in Bremerhaven ins Leben gerufen worden.

Der Senat gibt hiervon der Bürgerschaft (Landtag) Kenntnis und bittet ihre Mitglieder, sich für die Ziele der Aktion gegen den Unfall einzusetzen und sich im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten für eine Mitarbeit zur Verfügung zu stellen, damit die Aktion auch im Lande Bremen zu einem vollen Erfolg geführt werden kann.

Carl Schünemann Bremen